

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bestimmungsort ist in allen Nummern ersichtlich

Lagezeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Hause monatlich 4,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 5,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle und Redaktion: Altonaerstraße 2 / Fernsprecher 17254 / Druckbestellen: Dresden Nr. 18601 / Geschäftsstunden: Montag von 10 bis 18 Uhr allgemeine Geschäftsstunden, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 17 bis 18 Uhr sonstige Geschäftsstunden

Unterstützung: Die monatlich erscheinende Monatszeitschrift oder deren Name 0,50 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Familienangehörige einschließlich der berufstätigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM, für den Familienangehörigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Zeitungen Dresden-III, Altonaerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Schulen besteht kein Anrecht auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 13. November 1929

Nummer 264

Massenentlassungen bei der Stadt Dresden

Arbeitsvergehung an Privatunternehmer und kapitalistische Rationalisierung als Ursache / Kommunisten fordern Arbeitszeitverkürzung und Rücknahme der Kündigungen / Hinderdinges Gemeindefiskalsteuer in Vorbereitung / Wahlterror in Hamburg

So die Praxis der SPD-Kommunalpolitik aus!

200 Straßenbahner folgen 300 Ziefbauproleten

Dresden, den 13. November

Wie wir aus zweifacher Quelle erfahren, hat die Direktion der künftigen Straßenbahn 200 Bauhilfsarbeiter, die bis zu 14 Jahren regelmäßige Beschäftigung aufweisen könnten, für heute ihre Kündigung angeordnet. Diese Massenentlassung, die mit Genehmigung der reformistischen Kuratorien des Verkehrsverbandes und der gelben Gewerkschaften erfolgt ist, richtete sich vorwiegend auf den Bau der Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Dresden im Bereich des Stadtgebietes. Die Entlassungen sind im Einklang mit dem Programm der Sozialdemokratischen Führer, an die Massenentlassungen in den kommunalen Betrieben eine einseitige Widerlegung der sozialdemokratischen Propaganda, die den wahlberechtigten Wählern den Ausbau der kommunalen Betriebe und der Sicherung durch die SPD im Dresdener Rathaus vorzuführen will. Diese Entlassungen erfolgen auf Grund der Überwälzung von Arbeitskräften der Stadt an Privatunternehmer oder sind das Resultat kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen der Verwaltung.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat im Einvernehmen mit der kommunistischen Fraktion zur Aufhebung der wahren Ursachen dieser brutalen Maßnahmen der künftigen Verwaltung eine Versammlung der Entlassenen einberufen, in der auch alle interessierten künftigen Arbeiter Zutritt erhalten können. Die Versammlung findet am Donnerstag dem 14. November vormittags 10 Uhr im Odeon, Curuplatz, statt.

Die künftigen Arbeiter, Angehörigen und Beamten werden trotz der trügerischen Wahlpropaganda der Gelben und Reformisten erfrucht, bei den Wahlen der Kommunisten und der Gewerkschaftsopposition durch die Entlassung nicht beteiligt zu werden. Die Möglichkeit einer politischen Überwindung mit diesen Methoden gibt die Kommunalwahl am 17. November, die Antwort der künftigen Arbeiter, Angehörigen und Beamten kann deshalb nur lauten: Wahl der KPD in Dresden: der Kommunistischen Partei!

Zu den Wählern nicht erhalten wir von der Zeitung Seite folgende Artikel:

Dienst an der Heimat

Im letzten der Wahlparade des bürgerlichen Parteien
Wahlrecht an der Heimat

Das wählen Sie damit
Schlimmer: Interessentpunkt in die Nichtwahl bürgerlichen Kandidaten in der Kommunalpolitik. Sie brauchen nicht, wo Sie die Freiheit haben Ihre Stellung rückwärts zur Beibehaltung der Unternehmern. Beispiele dafür gibt fast jede bürgerliche Kommunalverwaltung.

Auch in Dresden führt das Vorgehen zum Kampf um die Verteilung der Kapitalarbeit und Auslieferung der kommunalen Arbeiten an die Privatunternehmer. Der Rat in Dresden kommt ihnen dabei zu Hilfe. Für das Rathausamt wurde nach Stadtbaurat Pöschel und der SPD ein bestimmter Schlüssel geliefert, nach dem der Hauptteil der Arbeiter an das Privatkapital gehen werden konnte. Die Sozialdemokraten, die in der Zeitungen vom Ausbau der kommunalen Kapitalarbeit und der kommunalen Betriebe sprachen, sind in jedem Falle damit einverstanden.

Nach Schluß der Arbeit an der Straßenbahn. Dort sind in jedem Jahre zum 1. Oktober Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Die kommunistischen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Straßenbahn forderten Verhinderung dieser Arbeit in eigener Regie. Sozialdemokraten und bürgerliche Kandidaten diesen Antrag nieder. Die Arbeiter wurden mit Unterstützung der SPD den Unternehmern zugeführt. 60 Straßenarbeiter wurden damit überflüssig und in Zahlloshalt untergebracht.

Nach den Straßenarbeiten wurden die Aufträge, die bisher an die eigenen Werkstätten gegeben wurden, an Privatunternehmer veräußert.

So wurde in diesem Jahre von der Direktion der Bau von 20 neuen Aufhängewagen beschaffen. Auch hier verlangten die Kommunisten den Bau in eigener Regie. Die Sozialdemokraten erklärten sich gemeinlich mit den bürgerlichen mit der Vergabe nach Nieske in R. D. an ein Privatunternehmen einverstanden. Sie verlangten (wie behauptet) nur den Bau von 5 Wagen in eigener Regie.

Die Direktion erfüllte ihnen diesen Wunsch, so daß sie neben den 20 die nach Nieske vergeben wurden, 5 extra gebaut, die in eigener Regie gebaut wurden.

In Verbindung mit dieser rückwärtsigen Begünstigung des Privatkapitals hat die Direktion, unterstützt von der bürgerlichen Verkehrsbehörde und der SPD, die Röhrenbauarbeiten und das Vorkonstruieren eingeführt.

Die Verhinderung der Arbeiter an das Privatkapital führt zu Betriebsverlagerungen und Arbeiterentlassungen.

Ein Röhrenbau ist bereits in Angriff. Nach den Straßenarbeiten, die in den Röhrenbau übergeführt wurden, sollen sich die Werkstättenarbeiter einstellen oder in den Röhrenbau übergeführt werden. In allen Werkstätten werden bereits Bestan-

machungen der Direktion mit der Kufforberung zur freiwilligen Weisung zum Zahlloshalt von der Direktion angeordnet.

Nach 200 Bauhilfsarbeiter, die bis zu 14 Jahren regelmäßige Beschäftigung aufweisen, sollen jetzt in Konkurrenz dieser Arbeiter die Direktion auf das Straßenplaster greifen werden. Sie werden mit Wochen nur einige Tage beschäftigt. Die SPD und die Gewerkschaften des Verkehrsverbandes wie die Christlichen sind mit den Entlassungen einverstanden.

Die Direktion, die sich bei all ihren Verbindungen der aktiven Unterstützung der SPD und der Gewerkschaften erfreut, hat vor diesen Entlassungen die Zustimmung derselben eingeholt.

Es ist kein Zweifel, daß diese Entlassungen erfolgen, nachdem am Montag mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Kreis- und Stadtvereine in der Herr Hinrichsen und Herr Rischke, und am Dienstag Pöschel von Verkehrsverband und Wasserbauamt von den Gelben, mit der Direktion verhandelt haben.

Sie haben der Direktion erst die Freiheit zum Handeln gegeben und den Entlassungen zugestimmt.

Die Schaffner lassen für Teilbeschäftigung vom Arbeitsamt anfordern: werden.

Die kommunistische Fraktion hat sofort die Einberufung des Verwaltungsrates gefordert.

Sie verlangen die Entlassung der Arbeiter in den Maßnahmen der Direktion. Sie verlangen die Aufhebung der Kündigungen und Weiterbeschäftigung der Schaffner.

Weißer Terror in Hamburg

Der KPD jede legale Wahlpropaganda verboten

Hamburg, 12. Nov. (Sig. Drahtmeldung)

Das Verbot der Hamburger Volkszeitung auf Grund des Diffamationsgesetzes ist hat einen Sturm des Protestes in den Hamburger Betrieben ausgelöst. Überall gehen die Betriebe dazu über, selbständige Betriebszeitschriften herauszugeben, die von den Betriedigen mit starker Begeisterung aufgenommen werden. Der sozialdemokratische Parteileiter Schönlender hat auch die von dem Bundestagsabgeordneten Grube herausgegebene Zeitschrift der KPD für Hamburg verboten. Damit ist der kommunistischen Partei jede legale Propaganda für die Wahl unmöglich gemacht.

Explosion in einem Militärpulverlager in Loul

In Paris. Am Montagabend entstand in einer Militär-Pulverfabrik in Loul eine heftige Explosion. In wenigen Sekunden war die ganze Stadt erleuchtet, worauf ein Höhenregen folgte. Glücklicherweise konnte ein anderes Pulverlager, das unmittelbar daneben gelegen ist, bewahrt werden. Das angrenzende Gelände ist abgeperrt.

Ankunft der deutschen Arbeiterdelegation in Moskau



Berliner Textilarbeiterin spricht im Namen der Delegation

Eine Möglichkeit dazu wäre sehr gut gegeben durch Verkürzung der Arbeitszeit des Jahresmonats, das heute nach 8 Stunden 9 Minuten Arbeitszeit abstellen muß.

Wäre durch die Kürzung der Arbeitszeit um viele neue Minuten würde die Beschäftigung der 200 Schaffner an mindestens 4 vollen Tagen in der Woche möglich sein.

Wäre als Kommunisten sind allerdings der Auffassung, daß auch Verkürzung der Arbeitszeit der Erwerbslosen die Arbeitszeit längst auf 7 Stunden hätte verkürzt werden müssen.

Dazu ist allerdings in der Republik der Herrmann Müller, Minister und in der Arbeiter-Union-Gemeinde kein Ged. da.

In diesem Beispiel aber müssen die künftigen Straßenbahner erkennen, wozu die Hilfe unter bürgerlich-sozialdemokratischer Führung geht.

Auslieferung der kommunalen Arbeiten an die Unternehmern, Abbau kommunaler Einrichtungen und ihre Veräußerung an das Privatkapital.

Massenentlassungen und hausweise Arbeitslosigkeit für die Kapitalisten, Arbeiter und Beamten.

Wählt die Arbeiter, so kämpft mit den Kommunisten!
Wählt am 17. November die KPD!

Am 11. November nachmittags wurde nach neuen Verhandlungen im Hafenfrankenhause die Verhaftung des von den Polizeileuten Schönlenders ermordeten Jugendgenossen Schöder zur Verhaftung freigegeben. Eine Uhrmacherin aus Langkammer und Kameraden der Nationalistischen Jugend Garde war aufgeführt und Delegationen sagten an dem offenen Saal vorbei.

Nach hier ging die Polizei zu neuen Prozeduren über. Der Kommandant des im Hafenfrankenhause stationierten Überfallkommandos drohte sogar, der wachenden Menge die Verhaftung zu verweigern. Auf dem Rückweg wurden erneut zwei Arbeiter auf offener Straße verhaftet.

Trotz dieses Terrors schaltete sich die Verteidigung des Genossen Schöder am 12. November zu einem massiven Aufmarsch der Hamburger Arbeitererschaft.

Der Aufmarsch von Arbeitern, die vor dem Krematorium versammelt waren, sprach Genosse Grube. Mit dem Schuss, das vergossene Blut des Toten zu rächen und mit einem aus tausend Röhren schallenden dreifachen Ruf, nahm die Hamburger Arbeitererschaft Abschied von dem kühlen Körper.

Mit eigener Entschlossenheit und Disziplin, die die immer wiederholten Prozeduren der auf 3 Balkonen erschienenen Schönlenders Polizei zurückwies, zog dann ein Demonstrationszug zum Winterhuder Marktplatz.